

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Mitte
am 17.06.2021

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause: 19:35 - 19:45 Uhr
Ende: 20:55 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Frau Hennke (Bündnis 90/Die Grünen) Bezirksbürgermeisterin

CDU

Herr Blumensaat
Frau Heckeroth Fraktionsvorsitzende
Herr Henningsen
Herr Langeworth 2. stellv. Bezirksbürgermeister

SPD

Herr Bevan Bis 20:00 Uhr anwesend
Frau Richter
Frau Rosenbohm 1. stellv. Bezirksbürgermeisterin
Herr Suchla Fraktionsvorsitzender

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Bolender
Frau Laukötter Fraktionsvorsitzende
Frau Dr. Lentz
Herr Purucker Bis 20:35 Uhr anwesend
Herr Westebbe

Die Linke

Frau Krüger
Herr Ridder-Wilkens Fraktionsvorsitzender

AfD

Herr Kneller Bis 19:00 Uhr anwesend

FDP

Herr Tewes

Die PARTEI

Herr Schwarz

Von der Verwaltung

Herr Kühn *)	Amt für Verkehr	3.5, 6, 8, 9
Herr Kellersmann *)	Bauamt	7
Herr Spree *)	Amt für Verkehr	10

*) als Online-Teilnehmer zugeschaltet

Herr Steinriede	Bauamt	25
Herr Weigel	Bauamt	25

Herr Kricke Büro des Oberbürgermeisters und des Rates

Herr Tobien Büro des Oberbürgermeisters und des Rates,
Schriftführer

Gäste

Frau Goldbeck	Firma Goldbeck	25.1
Herr Wendker	Firma Goldbeck	25.1

Bürgerinnen und Bürger
Pressevertreter

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Frau Hennke begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht zugegangen und die Bezirksvertretung Mitte beschlussfähig sei. Sie weist auf die Bestimmungen der Coronaschutzverordnung hin.

Zur Tagesordnung teilt Frau Hennke mit, dass nach Versand der Einladung, aber innerhalb der Frist, noch drei Anfragen eingegangen und auf die Tagesordnung zu nehmen seien.

Herr Ridder-Wilkens beantragt zu den Tagesordnungspunkten Nr. 6 und Nr. 18 erste Lesung. Frau Rosenbohm und Frau Heckeroth sprechen sich gegen eine erste Lesung zu Tagesordnungspunkt Nr. 18 aus.

Sodann lässt Frau Hennke getrennt abstimmen.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um die Mitteilungen

TOP 2.5 Umbau Jahnplatz - Aktueller Sachstand

TOP 2.6 Regionalplan-Neuaufstellung OWL

Beratungsergebnisse Stadtbezirk Mitte

TOP 2.7 Verkehrssituation in der Gadderbaumer Straße

**TOP 2.8 Ausweisung eines Abschnittes der Straße „Waldhof“
als Fahrradstraße - Terminverschiebung**

und um die Anfragen

TOP 3.3 - Calisthenics-Anlage auf dem Kesselbrink

Drucksache 1875/2020-2025

TOP 3.4 - Trinkwasserbrunnen Skateranlage auf dem Kesselbrink

Drucksache 1876/2020-2025

TOP 3.5 - Baumaßnahme an der Straße "An den Glockenstücken"

Drucksache 1885/2020-2025

erweitert.

Der Tagesordnungspunkt Nr. 6 wird in erster Lesung beraten.

- einstimmig beschlossen -

Sodann lehnt die Bezirksvertretung Mitte eine erste Lesung zu Tagesordnungspunkt Nr. 18 mit großer Mehrheit ab.

-.-.-

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 6. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 06.05.2021

Zur Niederschrift gibt es keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Bezirksvertretung Mitte vom 06.05.2021 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2

Mitteilungen

Zu Punkt 2.1

Projekte der Stadtteilkoordinationskasse - 2. Quartal 2021

Das Dezernat 5 teilt mit:

Die Stadtteilkoordination fungiert mittlerweile seit 2016 als Brücke und Vermittlerin zwischen Bewohner*innen eines Stadtteils und der Verwaltung. In aktuell drei Stadtgebieten, Mitte-Nord, Brackwede und Jöllenbeck (Oberlohmannshof), vernetzen die Stadtteilkoordinator*innen verschiedene Akteure miteinander und setzen Bürgerbeteiligung um. Stadtteilkoordination aktiviert Menschen im Stadtgebiet, erhebt deren Bedarfe und Interessen und plant mit ihnen gemeinsam Angebote und Projekte.

Im März 2021 wurde die sogen. Stadtteilkoordinationskasse für die Stadtteilkoordinationen beschlossen (siehe Drucksachen-Nr. 11223/2014-2020/2). Laut Beschlussvorschlag erhalten die Stadtteilkoordinator*innen für das Jahr 2021 15.000 € pro Vollzeitstelle, um kurzfristige und schnell sichtbare Maßnahmen in ihren Quartieren umsetzen zu können. Teil des Beschlusses war es zudem, die Bezirksvertretungen der drei Standorte regelmäßig, einmal im Quartal, über die aktuellen Maßnahmen zu informieren. Die folgende Tabelle [im Gremieninformationssystem einsehbar] gibt einen Überblick über geplante bzw. durchgeführte Projekte vom 01.03.2021 bis zum 01.06.2021.

-.-.-

Zu Punkt 2.2 Taktverdichtung von Buslinien im Stadtbezirk Mitte

Das Amt für Verkehr teilt mit:

In den Sitzungen des Stadtentwicklungsausschusses am 05.05.2020 und des Finanz- und Personalausschusses am 09.06.2020 (Drucksache 10768/2014-2020) wurden Vorlaufmaßnahmen zur Attraktivierung des ÖPNV vorgestellt und beschlossen. Unter Punkt 1 wurde die Einführung von einheitlichen Takten im Tagesverkehr beschrieben. Ab Fahrplanwechsel am 01.08.2021 werden auf folgenden Buslinien montags bis freitags im Tagesverkehr einheitliche Taktzeiten eingeführt:

Linie 24: Sieker – Lohbreite – Seidenstickerhalle – Jahnplatz – Kirchdornberg – Großdornberg: Durchgehend alle 20 Minuten (bisher vormittags alle 30 Minuten).

Linie 29: Baderbach – Lohbreite – Jahnplatz – Schildhof: Durchgehend alle 20 Minuten (bisher vormittags alle 30 Minuten).

Linie 122: Rundverkehr Bethel: Durchgehend alle 20 Minuten (bisher alle 30 Minuten, außer zu den Hauptverkehrszeiten).

Linie 369: Hauptbahnhof – Jahnplatz – Oldentrup – Ubbedissen – Oerlinghausen Bahnhof: Durchgehend alle 30 Minuten (bisher vormittags alle 60 Minuten). Sonntags alle 60 Minuten (bisher alle 120 Minuten).

-.-.-

Zu Punkt 2.3 Haltestellenumbenennung im Stadtbezirk Mitte

Das Amt für Verkehr teilt mit:

In der Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 28.01.2021 (Drucksache 0110/2020-2025, TOP 7) wurde moBiel gebeten, die Haltestelle "Mozartstraße" in "Mozartstraße / Synagoge" umzubenennen. Dies erfolgt nun zum Fahrplanwechsel am 01.08.2021.

Außerdem werden im Zuge des laufenden Geschäfts der Verwaltung folgende Haltestellen zum Fahrplanwechsel am 01.08.2021 umbenannt:

Die Haltestelle "Kesselbrink" in der August-Bebel-Straße wird aufgrund der Entfernung zu den anderen Haltestellenpositionen im Bereich Kesselbrink / Telekom-Hochhaus und zur besseren Fahrgastorientierung in "Kesselbrink / Skatepark" umbenannt.

Die beiden Haltestellen "Klosterstraße" im Bereich Notpfortenstraße / Elsa-Brändström-Straße (stadtauswärts für Linien in Richtung Stapenhorststraße) werden aufgrund der Entfernung zur Klosterstraße, der dritten Halteposition, südlich der Einmündung Stapenhorststraße und zur besseren Fahrgastorientierung in "Notpfortenstraße" umbenannt. Die Haltestelle südlich der Stapenhorststraße in Richtung Kunsthalle behält den Namen "Klosterstraße".

-.-.-

Zu Punkt 2.4 Veranstaltung "ohne auto mobil"

Das Amt für Verkehr teilt mit:

Die Veranstaltung „ohne auto mobil“ wird vorbehaltlich der aktuellen Regelungen der Coronaschutzverordnung am 19.09.2021 stattfinden. Die Veranstaltung wird in Zusammenarbeit mit der pro Herford GmbH durchgeführt. Für die Veranstaltungsorganisation wurde die Bielefeld Marketing GmbH beauftragt. Der Streckenverlauf entspricht der Veranstaltung 2019 (Heeper Straße – Vogteistraße – Schelpmilser Weg – Herforder Straße). Start- / Endpunkt in Bielefeld ist der Rathausplatz, optional wird der Kesselbrink vorgesehen. Die Veranstaltungsflächen in Heepen (Tieplatz) und Brake (Einmündung Braker Straße) sowie an der Radrennbahn mit Unterhaltungs-, Informations- und Verpflegungsangeboten werden beibehalten.

Die Städte Bielefeld und Herford übernehmen jeweils die Kosten für ihr Stadtgebiet. Die Stadt Bielefeld hat eine Förderzusage über 42.500 € beim Land NRW für die Durchführung der Veranstaltung „ohne auto mobil“ erhalten. Die Gesamtkosten wurden mit rd. 80.000 € für alle Verkehrssicherungs- und Ver-/Entsorgungsmaßnahmen, Sanitätsdienste, Künstlergagen, Veranstaltungsorganisation und Öffentlichkeitsarbeit kalkuliert, so dass der von der Stadt Bielefeld zu tragende Eigenanteil rd. 37.500 € betragen wird.

-.-.-

Zu Punkt 2.5 Umbau Jahnplatz - Aktueller Sachstand

Das Amt für Verkehr teilt mit:

Die am 11.05.2021 erfolgte Umstellung der Verkehrsführung in die neue Hauptbauphase hat sich in der Praxis bewährt. Direkt im Anschluss an die Umstellung wurden die nördlichen Haltestellendächer demontiert, sowie auf dem zentralen Platzbereich rund um die Alcina-Uhr das Pflaster aufgenommen und großflächig mit den Tiefbaumaßnahmen begonnen.

Die abschließenden Arbeiten an den neuen südlichen Haltestellendächern (Café Europa / Riemeier) schreiten unterdessen gut voran. Daher ist vorgesehen, die Umstellung der Verkehrsführung auf die nächste Bauphase am 05.07.2021 vorzunehmen und die neue Haltestelle am 06.07.2021 in Betrieb zu nehmen.

Mit Inbetriebnahme der neuen Haltestelle kann dann auch die bislang erforderliche Umleitung des Busverkehrs über Niederwall und Körnerstraße entfallen. Der Abschnitt des Niederwalls zwischen Jahnplatz und Körnerstraße wird nach Aufhebung der Busumleitung zum Baufeld. Die derzeitige Verkehrsführung in der Herforder Straße sowie Oberntorwall/Alfred-Bozi-Straße bleibt bestehen.

Die Busse werden zukünftig in Fahrtrichtung Osten die neue südliche Haltestelle nutzen und weiter über die Friedrich-Verleger-Straße in Richtung Kesselbrink fahren.

Busse in Fahrtrichtung Westen werden die bislang bereits genutzten Haltestellen in der Friedrich-Verleger-Straße und vor SportScheck nutzen.

Die Körnerstraße bleibt als Einbahnstraße bestehen. Es wird jedoch geprüft, sie von der Turnerstraße bis zur Einfahrt in die Tiefgarage des Neuen Rathauses in Gegenrichtung zu öffnen.

Zur Wahrung der Option einer Zufahrtsrampe am Niederwall für ein Fahrradparkhaus im Opitz-Keller wurde eine neue Baugrenze am Niederwall auf Höhe nördlich der Körnerstraße definiert. Bis zu dieser Grenze können die Arbeiten zunächst unverändert fortgesetzt werden. Die abschließende Entscheidung zu einem Fahrradparkhaus mit –rampe kann somit im weiteren Verlauf getroffen werden.

-.-.-

Zu Punkt 2.6 Regionalplan-Neuaufstellung OWL - Beratungsergebnisse Stadtbezirk Mitte

Das Bauamt teilt mit:

Der Rat hat am 18.03.2021 die Beschlussvorlage (Drucksache 0587/2020-2025) mit umfangreichen Änderungen gemäß des Antrages der Koalitionsfraktionen von SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und Die Linke (Drucksache 1009/2020-2025) beschlossen. Hierzu erfolgte eine weitere Klarstellung mit Beschluss des Rates am 22.04.2021 zur Nachtragsvorlage vom 08.04.2021 (Drucksache 0587/2020-2025/1).

Anbei [im Gremieninformationssystem einsehbar] ist zur Information eine Zusammenstellung aller Flächen des Stadtbezirks Mitte gemäß dem Ratsbeschluss. Flächen ohne Handlungsbedarf (da sie bereits im Sinne der Gremien im Regionalplanentwurf enthalten sind) wurden mit einem Häkchen gekennzeichnet.

-.-.-

Zu Punkt 2.7 Verkehrssituation in der Gadderbaumer Straße

Frau Henneke teilt mit:

Die BV Gadderbaum hat die Verwaltung gebeten, eine Planung zur Änderung der Verkehrsführung im Bereich der Gadderbaumer Straße umzusetzen. Da diese Änderung den Stadtbezirk Mitte betrifft, wurde die Bezirksvertretung Mitte um Zustimmung gebeten (s. Auszug mit Beschluss der BV Gadderbaum; im Gremieninformationssystem einsehbar).

Eine entsprechende Beschlussvorlage wird voraussichtlich in der Septembersitzung der Bezirksvertretung Mitte beraten werden können.

-.-.-

Zu Punkt 2.8

Ausweisung eines Abschnittes der Straße „Waldhof“ als Fahrradstraße - Terminverschiebung

Das Dezernat 4 teilt mit:

Im Zuge der Diskussion um die Einführung eines Verkehrsversuches im Bereich der Altstadt (altstadt.raum) haben sich die Gremien der Stadt auch intensiv mit der Sperrung der Straße „Waldhof“ auseinandergesetzt.

Mit Beschluss des Rates (Drucksache 1006/2020-2025) am 27.05.2021 wurde u.a. eine befristete Sperrung der Straße „Waldhof“ beschlossen. Während in der Altstadt erste Maßnahmen des Verkehrsversuches zum 14.06.2021 umgesetzt worden sind, plante die Verwaltung auf Grund verschiedener Vorlaufarbeiten mit einer Sperrung der Straße „Waldhof“ zunächst zum Beginn der Sommerferien am 05.07.2021. Die Auswirkungen dieser und auch der anderen Maßnahmen sollen auf Wunsch der Politik durch die Verwaltung evaluiert und den entsprechenden Gremien vorgestellt werden.

Eine aussagekräftige Evaluation mit hinreichenden Erkenntnissen ist allerdings nur darstellbar, wenn die seitens der Verwaltung projektierten Umleitungsoptionen von den Verkehrsteilnehmenden auch tatsächlich wahrgenommen werden können. Die aktuellen Baumaßnahmen in der Straße „Am Bach“ würden die verlässliche Erhebung zur Erreichbarkeit der südlichen Altstadt jedoch beeinträchtigen.

Die Verwaltung ist diesbezüglich von der Politik um Prüfung gebeten worden, ob der Maßnahmenbeginn zur Sperrung der Straße „Waldhof“ entsprechend verschoben werden könnte. Abstimmungsgespräche mit der ausführenden Baufirma und dem Auftraggeber haben zu dem Ergebnis geführt, dass mit einer Finalisierung der Baumaßnahme in der Straße „Am Bach“ verlässlich zum Ende der Sommerferien gerechnet werden darf.

Insofern wird die Verwaltung in Absprache mit der Ratsmehrheit den o.g. Ratsbeschluss erst mit Wirkung ab dem 18.08.2021 umsetzen. Bereits im Vorfeld wird mit ausreichender Beschilderung auf die Maßnahme hingewiesen. Der Evaluationszeitraum wird dahingehend angepasst und nicht reduziert; ein entsprechender Bericht wird den Gremien nach den Herbstferien vorgelegt.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Nutzung des Toilettenhäuschens im Nordpark (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.06.2021)

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 1815/2020-2025

Text der Anfrage:

Wer ist für die Öffnung und Instandhaltung der Toilette zuständig?

Zusatzfrage:

Können die Zuständigen kurzfristig angefragt werden, ob eine Öffnung möglich ist?

Der Immobilienservicebetrieb teilt hierzu mit:

Die öffentliche Toilette und das Café im Nordpark stehen im Eigentum der Stadt Bielefeld. Die Öffnung und Reinigung der öffentlichen Toilette wurde vertraglich auf den Pächter des Cafés im Nordpark übertragen. Demnach ist die Toilette zu den jeweiligen Öffnungszeiten des Cafés von dem Pächter zu öffnen und bei Schließung des Cafés wieder zu verschließen. Die ordnungsgemäße Unterhaltsreinigung liegt dauerhaft in der Verantwortung des Pächters.

Aufgrund der Coronasituation, in der das Café komplett geschlossen war, waren die Toiletten ebenfalls geschlossen. Eine Öffnung, ohne dass jemand vor Ort ist, um eine gewisse soziale Kontrolle auszuüben, hat in der Vergangenheit gezeigt, dass regelmäßig Vandalismus und Verschmutzungen erfolgten, die anschließend von dem Pächter unter erheblichem Kosten- und Zeitaufwand zu beseitigen waren.

Seit dem 31.05.2021 konnte der Pächter seine Außengastronomie wieder öffnen, so dass auch die Toilette während den eingeschränkten Öffnungszeiten von 11.00 Uhr bis 19.00 Uhr wieder geöffnet war.

Sobald das Café wieder den normalen Betrieb aufnimmt (wahrscheinlich ab dem 14.06.2021) wird die Toilette auch wieder zu den normalen Öffnungszeiten von 11.00 Uhr bis 24.00 Uhr geöffnet sein.

Der Pächter des Cafés wies in Gesprächen darauf hin, dass er während des laufenden Betriebes gelegentlich Anfragen erhalten habe, warum die Toilette verschlossen sei, obwohl diese tatsächlich geöffnet war. Dieses Missverständnis liegt darin begründet, dass an der Außentür zurzeit nicht ersichtlich ist, ob die Tür verschlossen ist, weil die Toilette besetzt, oder sie grundsätzlich abgeschlossen ist. Diesen Hinweis aufnehmend, wird nunmehr geprüft, ob und gegebenenfalls wie der Schließzustand technisch besser „sichtbar“ gemacht werden kann. Der Pächter hat in der Vergangenheit die vertragliche Vereinbarung mit dem Immobilienservicebetrieb erfüllt. Zudem findet regelmäßig ein offener Austausch über auftretende Probleme zwischen dem Pächter und dem Immobilienservicebetrieb statt.

Herr Ridder-Wilkens erklärt, dass aus Sicht seiner Fraktion die Öffnungszeiten vollkommen unzureichend seien und die Toiletten schon eher geöffnet werden müssten. Die Fraktion Die Linke behalte sich vor, in einer der nächsten Sitzungen einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-. -

Zu Punkt 3.2

Sachstand Emil-Groß-Platz
(Anfrage der Fraktion Die Linke vom 09.06.2021)

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 1865/2020-2025

Text der Anfrage:

Wann wird die Verwaltung diesen Beschluss umsetzen und wie ist der aktuelle Sachstand?

Antwort des Amtes für Verkehr:

Wie in der Sitzung am 19.05.2020 berichtet, kann eine Umplanung des Emil-Groß-Platz gemäß den Eingaben aus der Bürgerveranstaltung erst nach dem Jahnplatzumbau erfolgen. Weitergehende Informationen gibt es nicht.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3.3

Calisthenics-Anlage auf dem Kesselbrink
(Anfrage von Herrn Tewes, Einzelvertreter der FDP, vom 10.06.2021)

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 1875/2020-2025

Text der Anfrage:

Was ist der Hintergrund und bis wann kann die Calisthenics-Anlage wieder geöffnet werden? Vor dem Hintergrund des guten Wetters wäre eine uneingeschränkte Nutzungsmöglichkeit wünschenswert.

Antwort des Immobilienservicebetriebes:

Die Calisthenics-Anlage wurde am 13.04.2021 auf Anforderung des Ordnungsamts geschlossen. Es gab vermehrt Verstöße gegen die Abstandsregeln nach der Coronaschutzverordnung. Seit dem 04.06.2021 ist die Anlage wieder freigegeben.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

**Zu Punkt 3.4 Trinkwasserbrunnen Skateranlage auf dem Kesselbrink
(Anfrage von Herrn Tewes, Einzelvertreter der FDP, vom
10.06.2021)**

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 1876/2020-2025

Text der Anfrage:

Wer ist für den Unterhalt bzw. für Reparaturen zuständig und bis wann kann mit der Reparatur gerechnet werden?

Antwort des Immobilienservicebetriebes:

Der Trinkwasserbrunnen an der Skateranlage auf dem Kesselbrink befindet sich im Eigentum der Stadtwerke Bielefeld GmbH und wird von dort unterhalten.

Der Immobilienservicebetrieb stimmt derzeit die Inbetriebnahme mit den Stadtwerken ab. Über die zeitliche Perspektive erfolgt anschließend eine gesonderte Mitteilung.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 3.5 Baumaßnahme an der Straße "An den Glockenstücken"
(Anfrage der SPD-Fraktion vom 10.06.2021)**

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 1885/2020-2025

Herr Kühn wird per Videokonferenz zugeschaltet und teilt mit, dass über die Bauabteilung des Amtes für Verkehr von einem Anwohner der Hinweis an die Planungsabteilung gekommen sei, dass in diesem Bereich eine Sanierung erforderlich sei. Es sei dann festgestellt worden, dass eine Sanierung nicht möglich sei, da der Bereich noch nie vollausgebaut worden sei. Daher sei eine Planung für den Vollausbau erstellt worden, die nun von der Bauabteilung ausgeführt werde. Damals habe es keine Bürgerversammlung gegeben, wie sie zukünftig stets vorgesehen sei.

Herr Suchla bringt in Erinnerung, dass bei der Vorstellung der Planung in der Bezirksvertretung Mitte auf Nachfrage mitgeteilt worden sei, dass mit den Anwohnerinnen und Anwohnern gesprochen worden sei. Eben aber sei nur noch von einem Anwohner die Rede gewesen. Dies bitte er zu erläutern bzw. zu klären, wann konkret mit wem gesprochen worden sei. Die Antwort könne gegebenenfalls auch im nichtöffentlichen Teil gegeben werden.

Herr Kühn erklärt, dass dies erst noch geklärt werden müsse und im Nachgang der Niederschrift beigefügt werden könnte.

Herr Suchla bittet, dies in Form eines Berichts für die Sitzung im September aufzubereiten.

Frau Hennke stellt fest, dass die Bezirksvertretung Mitte einvernehmlich dem Verfahrensvorschlag zustimmt.

Der Punkt wird auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung genommen.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anträge

**Zu Punkt 4.1 Erstellung einer Informationsvorlage zu Tempo 30
(Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.06.2021)**

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 1808/2020-2025

Herr Purucker hebt bei der Begründung des Antrags [Text s. Beschluss] hervor, dass man mit der Informationsvorlage eine Richtschnur bekomme, unter welchen Bedingungen insbesondere auf Hauptstraßen Tempo 30 durch eine Bezirksvertretung beschlossen werden könnte. Er weist darauf hin, dass die Regelungen nicht nur für den Stadtbezirk Mitte relevant seien und darum diese Informationsvorlage für alle Bezirksvertretungen eine Unterstützung sein könnte. Er schlägt vor, dem Stadtentwicklungsausschuss zu empfehlen, diese Informationsvorlage des Amtes für Verkehr in allen Bezirksvertretungen zur Kenntnis geben zu lassen.

Herr Suchla nimmt Bezug auf die Aussagen der Fachverwaltung zu Tempo 30 - Möglichkeiten bei verschiedenen Sachverhalten der letzten Sitzungen und ergänzt, dass eine solche Informationsvorlage auch für die Verwaltung hilfreich sein würde.

Herr Kneller geht nicht davon aus, das Tempo 30 zu weniger Lärmemissionen oder geringerem Schadstoffausstoß führen werde und lehnt den Antrag ab.

Frau Heckerath erklärt, dass die angeforderten Informationen als gängige Rechtsvorschriften nachzulesen und auch sehr einfach im Internet zu recherchieren seien. Eine Informationsvorlage sei daher überflüssig und werde von der CDU-Fraktion abgelehnt.

Herr Tewes sieht eine Einschränkung der Erreichbarkeit von Bielefeld als Oberzentrum durch Einführung von Tempo 30 auf Hauptstraßen und spricht sich gegen den Antrag aus.

Herr Ridder-Wilkens verweist auf die in vielen verschiedenen Rechtsnormen getroffenen Bestimmungen und die unterschiedlichen Aussagen zu den Möglichkeiten von Tempo 30 im Stadtbezirk Mitte. Die Fraktion Die Linke unterstütze daher den Antrag und stimme auch dem Vorschlag zu, dem Stadtentwicklungsausschuss zu empfehlen, diese Informationsvorlage in alle Bezirksvertretungen geben zu lassen.

Beschluss:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, in einer Informationsvorlage die Rechtsgrundlagen für die Errichtung von Tempo-30 Zonen sowie die Einrichtung von Tempo-30 an Haupt- und Nebenstraßen darzulegen und der BV Mitte möglichst im September 2021 vorzustellen. Dabei soll insbesondere auch die Einrichtung von Tempo-30 Zonen an Hauptstraßen auf Grund des Lärmschutzes dargestellt werden.**
- 2. Dem Stadtentwicklungsausschuss wird empfohlen, sich diesem Beschluss anzuschließen und entsprechend stadtwweit umzusetzen.**

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4.2

Vereinbarungen zum Verkehrskonzept Bielefelder Westen / St. Liborius Kirche **(Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.06.2021)**

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 1828/2020-2025

Frau Dr. Lentz erklärt, dass mit der Erweiterung der Parkplatzfläche der Park-Such-Verkehr reduziert werden solle. Es sei aber für die Anwohnerinnen und Anwohner nicht ausschlaggebend, ob es sich nun um einen Park-Such-Verkehr oder einen Park-Ziel-Verkehr handle, da die zusätzliche Verkehrsbelastung im Grunde gleichbleibe. Die sich abzeichnende Verkehrssituation widerspreche den Zielen einer Verkehrsberuhigung im Bielefeld Westen. Die Parkhäuser am Hauptbahnhof, an der Jöllenbecker Straße und an der Universität böten ausreichend Kapazitäten und die St. Liboriuskirche sei sehr gut an den ÖPNV angebunden. Aus diesem Grund habe die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den schriftlich vorliegenden Antrag gestellt [Text s. Beschluss], der um den Satz „Die Bürgerinitiative „Lebenswerter Westen“ ist über die Ergebnisse der Verhandlungen frühzeitig zu informieren“ zu ergänzen sei.

Herr Suchla begrüßt die Ergänzung zur Beteiligung der Bürgerinitiative und den Versuch, mit diesem Prüfauftrag an die Verwaltung noch einmal auf die neuen Nutzerinnen und Nutzer einzuwirken. Die Ansicht der Verwaltung, die veränderte Nutzung der St. Liborius Kirche in das Verkehrskonzept Bielefelder Westen ohne spürbare Auswirkungen integrieren zu können, halte die SPD-Fraktion für fraglich.

Frau Heckeroth äußert rechtliche Bedenken, da es sich um öffentliche Straßen handle und niemandem vorgeschrieben werden könne, ob und wann diese genutzt würden. Die CDU-Fraktion werde dem Antrag daher nicht zustimmen. Dennoch begrüße sie, dass die Bürgerinnen und Bürgern stärker einbezogen werden sollen.

Herr Ridder-Wilkens erklärt, dass seine Fraktion den Antrag unterstützen werde, obwohl ebenfalls Zweifel und Bedenken an der juristischen Umsetzbarkeit dieser vertraglichen Vereinbarungen bestünden. Einen Versuch aber sei es wert. Selbst wenn eine solche Vereinbarung getroffen werden könnte, wäre das einzelne Gemeindemitglied nicht verpflichtet, sich daran zu halten. Vor dem Hintergrund des komplexen Rechtsverhältnisses sollten keine falschen Hoffnungen bei der Bürgerinitiative geweckt werden. Eine tatsächliche Eingriffsmöglichkeit für die Bezirksvertretung Mitte sehe er nicht.

Herr Tewes gibt zu bedenken, dass trotz der Anbindung an den ÖPNV dieser insbesondere Sonntagmorgens nur eingeschränkt Verbindungen anbiete. Insbesondere die aus dem gesamten Umland anreisenden Gottesdienstbesucherinnen und Gottesdienstbesucher seien davon betroffen.

Herr Kneller betont, dass es sich um Privatgelände und einen privatrechtlichen Pachtvertrag handle und darum die Bezirksvertretung Mitte keine Zuständigkeit besäße. Die öffentlichen Straßen seien aus Steuermitteln finanziert, die auch von den Mitgliedern der Polnischen Katholischen Mission entrichtet worden seien. Diese hätten ein Recht, öffentliche Straßen jederzeit nach eigenem Belieben zu nutzen und er betrachte jeden Versuch der Einflussnahme als Einschränkung der Religionsfreiheit.

Herr Purucker bekräftigt, dass mit dem Antrag ein Prozess gestartet werden solle, um Lösungen für ein sich abzeichnendes Verkehrsproblem zu finden. Möglicherweise könnte über Shuttle-Busse von den Parkhäusern zur St. Liborius Kirche nachgedacht werden.

Frau Richter greift die Idee der Shuttle-Busse auf und ergänzt, dass auch die Mitglieder der polnischen Gemeinde ein Interesse daran haben würden, pünktlich zum Gottesdienst zu kommen, ohne dafür vorher lange einen Parkplatz suchen zu müssen. Genau darum seien Gespräche sinnvoll, da möglicherweise auch vielen Gemeindemitgliedern die Parkplatzsituation im Bielefelder Westen nur unzureichend bekannt sei.

Herr Tewes erklärt, dass teilweise der Eindruck vermittelt werde, dass es sich beim Bielefelder Westen um eine „Fahrradidylle“ handle. Auch zu dem Vergleich in der Presse mit einer Großveranstaltung bittet er zu bedenken, dass der Besuch von Gottesdienstbesuchenden, verteilt auf drei Messen, nicht mit einem ebenfalls alle zwei Wochen stattfindenden Heimspiel von Arminia Bielefeld mit mehreren tausend Fans vergleichbar sei.

Frau Rosenbohm erinnert an den Beschluss der Bezirksvertretung Mitte im August 2020, mit dem angeregt worden sei, dass der Baudezernent mit den beteiligten Akteuren Gespräche über die gegenwärtige und erwartbare Situation in dem Bereich führen möge. Da dies nicht geschehen sei, werde nun die Verwaltung erneut aufgefordert, mit Gesprächen zu einer Lösung zu kommen.

Sodann lässt Frau Hennke über den Antrag mit der von Frau Dr. Lentz verlesenen Ergänzung abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Polnischen Katholischen Mission als Pächter und Nutzer der St. Liborius Kirche verbindliche Vereinbarungen über die Anreise und Vermeidung von Parksuchverkehr auszuhandeln, die in Einklang mit den Zielen des Verkehrskonzepts Bielefelder Westen und dem Lärmaktionsplan der Stadt stehen und geeignete Maßnahmen enthalten, einer Zunahme des Verkehrs entgegenzuwirken. Die Verwaltung wird gebeten, die Bezirksvertretung in der Septembersitzung über den Stand der Verhandlungen zu informieren. Die Bürgerinitiative „Lebenswerter Westen“ ist über die Ergebnisse der Verhandlungen frühzeitig zu informieren.

- mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 5

Unerledigte Punkte der letzten Tagesordnung

Zu Punkt 5.1

Soziale Stadt Sieker-Mitte – Umgestaltung und Aufwertung des Martin-Luther-Platzes

Beratungsgrundlagen:

Drucksachen: 1591/2020-2025 und 1901/2020-2025

Frau Hennke teilt mit, dass zum vorliegenden Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linke eine Mitteilung der Fachverwaltung [im Gremieninformationssystem einsehbar] vorliege. Sowohl die Aufstellung von seniorengerechten Bänken als auch ein Blumenbeet seien danach bereits in dem Entwurfsplan enthalten.

Frau Krüger erklärt, dass der schriftlich vorliegende Ergänzungsantrag (Drucksache 1901/2020-2025) aufrechterhalten werde.

Text des Antrags:

1. Auf dem Martin-Luther-Platz werden seniorengerechte Sitzbänke aufgestellt - möglichst im Schatten der alten Bäume.
2. Entsprechend der Zusage in der Videokonferenz vom 10.06.2021 wird ein Blumenbeet eingerichtet.

Frau Heckerroth bittet zu ergänzen, dass mit der Einrichtung des Blumenbeetes keine Zusatzkosten verbunden sein dürften.

Herr Purucker ist erfreut, dass die Anregungen in den so überarbeiteten Entwurfsplan aufgenommen worden seien und zusammen mit dem Bolzplatz ein Mix für Jung und Alt entstehe. Da der vorgelegte Entwurfsplan auch seniorengerechte Bänke enthalte, sei der Ergänzungsantrag überflüssig.

Frau Krüger erklärt, dass sie bei der Vorstellung des Entwurfsplans in Form einer Videokonferenz im Vorfeld der Sitzung weder die seniorengerechten Bänke noch Blumenbeete habe erkennen können und darum den Ergänzungsantrag gestellt habe.

Frau Heckeroth ergänzt, dass es unschädlich sei, die Zusage der Fachverwaltung noch einmal in Form eines Beschlusses festzuhalten.

Zunächst lässt Frau Henke über den Ergänzungsantrag mit dem von Frau Heckeroth genanntem Zusatz abstimmen.

Beschluss:

- 1. Auf dem Martin-Luther-Platz werden seniorengerechte Sitzbänke aufgestellt - möglichst im Schatten der alten Bäume.**
- 2. Entsprechend der Zusage in der Videokonferenz vom 10.06.2021 wird ohne Zusatzkosten ein Blumenbeet eingerichtet.**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Sodann lässt Frau Henke mit dieser Ergänzung über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte beschließt den erneut angepassten und überarbeiteten Entwurf des Büros Gasse I Schumacher I Schramm zur Umgestaltung des Martin-Luther-Platzes in der Fassung vom 17.05.2021. Auf dem Martin-Luther-Platz werden möglichst im Schatten der alten Bäume seniorengerechte Sitzbänke aufgestellt und ein Blumenbeet wird ohne Zusatzkosten eingerichtet.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.2 Berichterstattung über das zielgruppenspezifische Streetwork

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 1339/2020-2025

Frau Henke erläutert, dass die Vorlage in der letzten Sitzung zurückgestellt worden sei, um sie mit zwei ebenfalls in erster Lesung behandelten Anträgen der SPD-Fraktion bei Anwesenheit der Fachverwaltung gemeinsam zu beraten. Da die zwei Anträge auf Wunsch der SPD-Fraktion in gegebenenfalls modifizierter Form erst nach der Sommerpause wieder auf die Tagesordnung genommen würden, sei heute die Fachverwaltung nicht anwesend.

Herr Langeworth hebt hervor, dass im Stadtbezirk Mitte besonders viel Streetwork geleistet werde. Für die CDU-Fraktion stehe im Mittelpunkt, dass individuell Auswege aus der Perspektivlosigkeit angeboten würden. Eine deutliche Reduzierung oder sogar Auflösung der gesamten Szene sollte als Ziel im Auge behalten werden, da die aufgewendeten Finanzmittel es nicht rechtfertigen würden, die Szene nur zu begleiten. Mit Blick auf flankierende ordnungspolitische Maßnahmen könne festgehalten werden, dass die Koordination mit dem Ordnungsamt inzwischen besser verlaufe.

Herr Kneller würdigt die Arbeit des Streetwork, hat aber Bedenken, ob nicht durch die Angebote an den jetzigen Brennpunkten eine Verfestigung erfolgen könnte. Er spricht sich dafür aus, zu versuchen, die Szene von den bisherigen Orten in eine betreute Situation mit niedrighwelligen Beratungs- und Hilfsangeboten zu bringen. In Kombination mit restriktiven Maßnahmen, beispielsweise mit einem Alkoholverbot an der sogenannten Tüte, könnte dies zielführend sein.

Herr Ridder-Wilkens erklärt, dass der Zwischenbericht zunächst praktisch eine Bestandanalyse sei. Darauf aufbauend müsse geschaut werden, welche zielgruppenspezifischen Angebote folgen könnten. Eine ordnungspolitische Komponente müsse den Rahmen bilden. Herrn Langeworth zustimmend ergänzt er, dass es ein weiteres Ziel sein müsse, wieder angstfrei ohne angepöbelt zu werden über die Plätze gehen zu können.

Herr Tewes sieht einen richtigen Ansatzpunkt und geht davon aus, dass es noch eine Zeit dauern werde, bis erkennbare Verbesserungen erwartet werden könnten.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 6

Umsetzung der Mobilitätsstrategie 2030 – hier: mIV-Konzept – Teilkonzept für den ruhenden Verkehr in der zentralen Innenstadt Bielefelds (Emissionsfreie Innenstadt)

Beratungsgrundlage: Drucksachennummer: 1511/2020-2025

Frau Henke weist darauf hin, dass auf Antrag von Herrn Ridder-Wilkens vor Eintritt in die Tagesordnung erste Lesung der Vorlage beschlossen wurde.

Technische Probleme führen dazu, dass die Fachverwaltung nicht per Videokonferenz zugeschaltet und berichten kann.

Herr Ridder-Wilkens stellt einen Ergänzungsantrag [Text s. Beschluss]

Beschluss:

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachverwaltung sollen - sofern es die pandemische Lage zulässt - zur Berichterstattung in der Bezirksvertretung Mitte wieder persönlich im Sitzungssaal anwesend sein und nicht per Videokonferenz zugeschaltet werden.

- einstimmig beschlossen -

Der Tagesordnungspunkt wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.

-.-.-

Zu Punkt 7

Konversion in Bielefeld – Ausübung der Erstzugriffsoption für die Sportflächen der ehem. Catterick Kaserne am Jagdweg und optionaler Erstzugriff für die ehem. Rochdale Kaserne

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 1862/2020-2025

Herr Langeworth verweist darauf, dass in den bisherigen Konversions-Vorlagen von einem Kaufpreis in Millionenhöhe ausgegangen worden sei, sofern die Häuser im Musikerviertel von der Stadt Bielefeld erworben würden. Die Bezirksvertretung Mitte habe in der Sitzung im Mai entschieden, auf die Ausübung des kommunalen Erstzugriffsrechts zu verzichten. Warum nun in der heute zu beratenden Vorlage eine Verknüpfung zwischen der Rochdale-Kaserne und dem Musikerviertel erfolge, müsse von der Verwaltung erklärt werden.

Frau Rosenbohm ergänzt, dass die Bezirksvertretung Mitte erstens beschlossen habe, den Wettbewerb für die Rochdale-Kaserne auszuschreiben. Dies impliziere den Zugriff auf die Flächen der Rochdale-Kaserne. Zweitens sei beschlossen worden, auf die Ausübung des kommunalen Erstzugriffsrechts am Wohnstandort „Johann-Sebastian-Bach-Straße“ zu verzichten. Die Beschlusslage der Bezirksvertretung Mitte sei eindeutig. Warum nun heute die Fachverwaltung für ihre Verhandlungen mit der BimA eine Verknüpfung dieser getrennten Beschlüsse beschließen lassen wolle, sei zu begründen.

Herr Kellersmann erläutert, dass zwischen dem optionalen und dem tatsächlichen Erstzugriffsrecht zu unterscheiden sei. Könnten die Rochdale-Flächen in eine städtebauliche Entwicklung gehen, führe dies zu einer punktuellen Entlastung der angespannten Wohnungsmarktsituation. Der Erstzugriff auf die Häuser im Musikerviertel wäre dann nicht notwendig. Der BimA solle daher verdeutlicht werden, dass die Stadt Bielefeld auf den Erstzugriff für den Wohnstandort „Johann-Sebastian-Bach-Straße“ verzichten könnte, sofern eine Entlastung durch die Flächen der Rochdale-Kaserne zu erwarten sei. Ebenso solle bei den Verhandlungen mit der BimA verdeutlicht werden, dass die Ansiedlung des Zolls innerhalb des städtebaulichen Konzepts der Rochdale-Kaserne realisierbar wäre. Diese zwei Aspekte sollten sich positiv auf eine schnelle Entscheidung der BimA auswirken.

Herr Schwarz kann die Argumentation nachvollziehen, gibt aber zu bedenken, dass dies nicht den Willen der politischen Beschlusslage aus der Mai-Sitzung wiedergebe.

Frau Rosenbohm erklärt, dass bislang kommuniziert worden sei, dass der Zoll im Bereich der ehemaligen Catterick-Kaserne angesiedelt werden solle. Grundlage für den Beschluss zum Wettbewerb für die ehemalige Rochdale-Kaserne sei gewesen, dass die gesamten Flächen für den Wettbewerb zur Verfügung stünden.

Herr Langeworth vertritt die Auffassung, dass diese neue Strategie der Verwaltung dazu führe, dass Häuser am Wohnstandort „Johann-Sebastian-Bach-Straße“ während der Dauer der Verhandlungen zunächst weiterhin nicht am Markt angeboten würden. Die Häuser seien aber keine Spekulationsobjekte und er habe große Bedenken, wenn diese nun als ein Art Faustpfand verwendet würden.

Herr Kellersmann erklärt, dass der Zoll als einzige Bundesbehörde noch einer Freigabe der Rochdale-Kaserne im Weg stehe, da dieser noch Bedarfe angemeldet habe. Für den Fall, dass das Interessenbekundungsverfahren der BimA nicht zu einem Erfolg führen sollte, schlage man daher vor, den Zoll in das Rochdale-Konzept zu integrieren. So könnte die Freigabe des Geländes beschleunigt werden. Der Zoll würde sich gegebenenfalls auf den für Dienstleistungen oder Mischnutzungen vorgesehenen Flächen positionieren und daher keinen negativen Einfluss auf die geplante Anzahl von rd. 600 Wohneinheiten haben.

Frau Rosenbohm erklärt, dass man die Vorlage zur Kenntnis nehmen solle, die Aspekte zur Catterick-Kaserne gar nicht den Stadtbezirk Mitte betreffen und sich die Bezirksvertretung Mitte darüber hinaus zum weiteren Vorgehen bereits mit einem Beschluss positioniert habe.

Frau Henneke formuliert nach kurzer Abstimmung sodann einen Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt die Drucksache 1862/2020-2025 zur Kenntnis und bekräftigt im Übrigen ihren am 06.05.2021 in dieser Angelegenheit gefassten Beschluss zur Drucksache 0983/2020-2025.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

**Sachstandsbericht zur Aufhebung Ladezone auf der Westseite der August-Bebel-Straße zwischen Hermannstraße und der Ravensberger Straße
(Antrag der CDU zur Aufnahme eines Punktes in die Tagesordnung)**

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 1711/2020-2025

Frau Henneke erklärt, dass Herr Kühn vom Amt für Verkehr ursprünglich per Videokonferenz zu diesem Tagesordnungspunkt hätte zugeschaltet werden sollen, um zu berichten und für Rückfragen zur Verfügung zu stehen. Da dies aber aufgrund von technischen Mängeln nicht möglich sei, werde der Punkt wieder auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung genommen. Sie bittet, bereits bestehende Fragen heute zu Protokoll zu geben.

Frau Heckeroth kritisiert, dass trotz der Beratungsergebnisse der Bezirksvertretung Mitte im Juni 2020 keine zufriedenstellende Lösung gefunden worden sei. Erst durch den Bericht in der Lokalpresse über den Ortstermin habe sie erfahren, dass es zu erneuten Änderungen in diesem Bereich kommen solle. Hier hätte das Amt für Verkehr die Bezirksvertretung Mitte im Vorfeld informieren und zum Ortstermin einladen müssen. Diese Missachtung der Informations- und Beteiligungsrechte der Bezirksvertretung Mitte durch das Amt für Verkehr sei ein Unding. Sie erwarte vom Amt für Verkehr eine Auskunft, wann Gespräche mit welchen Geschäftsleuten vor Ort zu der Situation stattgefunden hätten. Weitere Fragen seien: Warum wurde die neue Sicht auf die Situation nicht der Bezirksvertretung Mitte mitgeteilt? Welche Alternativen sind geprüft worden? Welche Lösungen mit herausnehmbaren Pollern wurden in Betracht gezogen? Scheinbar beabsichtige das Amt für Verkehr die Umsetzung der Maßnahmen noch vor der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Mitte. Eine Antwort auf die heute gestellten Fragen und die Möglichkeit, politisch darauf zu reagieren, wäre damit nicht mehr möglich. Sie beantrage daher, dass vor einer erneuten Befassung in der Bezirksvertretung Mitte die Antworten vorliegen müssten und bis dahin keine Maßnahmen umgesetzt werden.

Frau Krüger spricht sich dafür aus, vor jedem Geschäft mindestens einen Kurzzeitparkplatz zu ermöglichen.

Frau Hennke unterbricht die Sitzung, um den Fraktionen Zeit zur Beratung über den Ergänzungsantrag zu geben.

-.-.-

Sitzungsunterbrechung von 18:55 Uhr - 19:05 Uhr

-.-.-

Nach Wiedereintritt in die Sitzung verliest Frau Heckeroth die Formulierung des Ergänzungsantrags [Text s. Beschluss], über den Frau Hennke so dann abstimmen lässt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Mitte zu den gestellten Fragen Stellung zu nehmen und deshalb aufgefordert, vor der erneuten Befassung in der Bezirksvertretung Mitte von einer Umsetzung der Maßnahmen abzusehen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Haltestelle Landgericht (Umlaufgitter / Beleuchtung) **(Antrag der CDU zur Aufnahme eines Punktes in die Tagesordnung)**

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 1716/2020-2025

Frau Heckeroth vermisst in der Antwort der Verwaltung Ausführungen dazu, welche Alternativen zu Umlaufgittern noch geprüft worden seien. Die Bezirksvertretung Mitte habe gefordert, dass sich das Amt für Verkehr auch mit anderen Möglichkeiten befassen sollte, die gegebenenfalls zusätzliche Sicherheit an dieser Stelle schaffen könnten. Nur Lichtenanlagen seien nicht ausreichend gewesen. Sie frage nach, ob beispielsweise der Einsatz von Pollern denkbar sei. Die Bezirksvertretung Mitte sei sich einig gewesen, dass die Beleuchtungssituation verbessert werden müsse, da insbesondere in der Winterzeit aus dem Grünzug kommende Personen zu spät zu sehen seien. Ohne eine ausführliche Begründung komme die Feststellung des Amtes für Verkehr, die Beleuchtung sei ausreichend, einer Behauptung gleich. Es sei sehr ärgerlich, dass sie diese Fragen in der heutigen Sitzung aufgrund der technischen Probleme nicht direkt an das Amt für Verkehr stellen könne.

Der Punkt wird wieder auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung genommen.

Zu Punkt 10

Aufwertung und bauliche Umgestaltung der Wilhelmstraße **Vorstellung der Ergebnisse des Planungsworkshops vom 8. Juni 2021 und des weiteren Vorgehens**

Herr Spree stellt mit einer Computerpräsentation [im Gremieninformationssystem einsehbar] die Ergebnisse des Planungsworkshops vor. Grundlage sei der Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses aus dem vergangenen Jahr gewesen, Planungen zu einer Aufwertung der Wilhelmstraße, verbunden mit deren Abbindung, aufzunehmen. Aufbauend auf den Ideen des Reallabors aus dem Jahr 2018 seien im Januar 2021 die weiteren Planungsschritte vorgestellt und von der Bezirksvertretung Mitte eine Empfehlung für die Verkehrsführung beschlossen worden. Es solle ein ansprechender Vorplatz für die Wissenswerkstatt geschaffen und die Aufenthaltsqualität gesteigert werden. Ebenfalls sollen die Fußverbindung vom Jahnplatz zum Kesselbrink und weiter zum Ravensberger Park gestärkt sowie Handel und Gastronomie belebt werden. Er informiert über den geplanten Projektablauf und erläutert die Zeitschiene. Wesentliche Zeitvorgabe sei, dass die Wilhelmstraße zusammen mit der Wissenswerkstatt im Herbst 2022 fertiggestellt werde. Berücksichtige man die erforderliche Bauzeit, müsse Ende September 2021 der Förderantrag gestellt werden, der wiederum einen Beschluss der politischen Gremien Ende August / September 2021 erforderlich mache. Er räumt ein, dass der zeitlich enge Rahmen darauf zurückzuführen sei, dass es bei der Vergabe an ein Ingenieurbüro zu formalen Fehlern gekommen sei und dies zu einer Verzögerung von einem Vierteljahr geführt habe. Das beauftragte Büro werde aus den vorgestellten

Anregungen, Ideen und Wünschen eine erste Planung erstellen und diese am 23.06.2021 in Form einer Videokonferenz den rd. 50 Teilnehmenden des Planungsworkshops vorstellen. Mit einer dann auf den Rückmeldungen aufbauenden Planskizze werde das Amt für Verkehr nach der Sommerpause auf die beteiligten Gremien zur endgültigen Beschlussfassung zugehen.

Herr Henningsen fragt nach, ob eine gezielte Umfrage unter den dortigen Gewerbetreibenden stattgefunden habe, um ein Meinungsbild zu dem Projekt zu bekommen. Ebenfalls bittet er um Erläuterung, wie der Lieferverkehr in der abgebundenen Wilhelmstraße wenden könne.

Herr Spree erklärt, dass alle dortigen Grundstückseigentümerinnen und Grundstückseigentümer sowie alle Gewerbetreibenden eine Einladung zu den Workshops erhalten hätten, aber keine gezielte Zustimmungs-Abfrage stattgefunden habe. Das positive Stimmungsbild in dem Workshop halte er für repräsentativ. Die Abbindung der Wilhelmstraße erfolge in Höhe der Wissenswerkstatt für den motorisierten Individualverkehr. Auf dem Vorplatz sei eine Fußgängerzone vorgesehen, über die der Lieferverkehr aus der Wilhelmstraße kommend in die Friedrich-Verleger-Straße ohne zu wenden ausfahren könne.

Herr Westebbe weist darauf hin, dass bereits am 20.08.2021 der zu beteiligende Beirat für Stadtgestaltung tage und darum die Vorlage frühzeitig vorliegen müsse.

Dies aufgreifend bittet Frau Henke darum, die Vorlage der Bezirksvertretung Mitte schon vorab zuzusenden und regt an, einige Wochen vor der Sitzung am 16.09.2021 eine auf der Vorlage basierende Videokonferenz für die Mitglieder anzubieten.

Herr Henningsen verweist auf die Struktur kleiner Geschäfte in der Wilhelmstraße. Er gehe davon aus, dass sich nicht alle am Workshop beteiligt hätten und bitte für die CDU-Fraktion, dass eine förmliche Befragung durchgeführt werde. So könne die belastbare Aussage getroffen werden, dass alle mit der Planung einverstanden seien.

Herr Spree erklärt, dass er diesen Hinweis aufnehmen und prüfen werde, wie dieser umgesetzt werden könne.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 11

Open Sunday als Regelangebot für Bielefeld

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 1291/2020-2025

Über die Vorlage hinaus besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt dem Rat der Stadt folgenden Beschluss:

1. Das Konzept der Open Sundays soll in allen Bielefelder Stadtbezirken angeboten werden.
2. Für die Koordination, Organisation und Umsetzung sind jährlich 150.000 € notwendig. Dieser Betrag wird für das Jahr 2022 im Haushalt bereitgestellt und in der Finanzplanung 2023 ff. fortgeschrieben.
3. Für das Jahr 2021 werden 80.000 € bereitgestellt. Davon entfallen ca. 40.000 € für den Open Sunday als Open Air-Veranstaltung. Der Gesamtbetrag von 80.000 € wird aus Mitteln des Integrationsbudgets erbracht. Dem Einsatz einer überplanmäßigen 0,5 VZÄ-Stelle im Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention in 2021 wird zugestimmt. Der damit verbundene überplanmäßige Personalaufwand von rd. 10.000 € wird mit Deckung aus EU-Fördermitteln oder bei (fehlender Fördermöglichkeit) aus dem Integrationsbudget nachbewilligt.
4. Das Sozialdezernat wird beauftragt, einen Antrag auf sog. EU-React-Mittel im Rahmen des Förderprogramms „Zusammen im Quartier“ beim Land zu stellen. Bei einer Förderzusage könnten 1,5 Personalstellen zur Koordinierung der Open Sundays finanziert werden. Diese werden mit einer 0,5 Stelle im Büro für Integrierte Sozialplanung und mit 1,0 Stellen beim Stadtsportbund / Sportjugend Bielefeld als Dachorganisation der Sportvereine angedockt.

- einstimmig beschlossen -

...-

Zu Punkt 12

Vorstellung der Ergebnisse einer Konzepterstellung für eine zukunftsfähige 4-zügige Luisenschule mit Quartiersflächen* an 2 Standorten unter Mitberücksichtigung der Raumbedarfe der „Josefschule“

***Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (INSEK) Nördlicher Innenstadtrand / Bildungslandschaft Ostmannturmviertel**

Beratungsgrundlage: Drucksachennummer: 1638/2020-2025

Über die Vorlage hinaus besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

Beschluss:

Den weiteren Planungsschritten ist die Variante C (Neuordnung durch Neubebauung in konzentrierter Bauweise auf verkleinerter Grundstücksfläche mit gleichzeitiger Schaffung weiterer Quartiersflächen) zugrunde zu legen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 13

Namenszusatz für die Kunstrasenplätze im Stadion Rußheide

Beratungsgrundlage: Drucksachennummer: 1743/2020-2025

Über die Vorlage hinaus besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte stimmt der Namensgebung für die beiden Kunstrasenplätze im Stadion Rußheide mit „KRICHLER Arena“ zu.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 14

Abbruch des Gebäudes Herforder Str. 214 b

Beratungsgrundlage: Drucksachennummer: 1587/2020-2025

Über die Vorlage hinaus besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 15 **Jahresbericht zum Projekt Ernst-Rein-Straße für wohnungslose Menschen**

Beratungsgrundlage: Drucksachennummer: 1788/2020-2025

Über die Vorlage hinaus besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 16 **Jahresbericht zum Streetwork in der Wohnungslosenhilfe**

Beratungsgrundlage: Drucksachennummer: 1791/2020-2025

Über die Vorlage hinaus besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 17 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Zu Punkt 17.1 **Ergebnis Prüfauftrag - Neue Baumstandorte August-Bebel-Straße**

Das Amt für Verkehr teilt mit:

Die Bezirksvertretung Mitte hat in ihrer Sitzung am 27.08.2020 folgenden Beschluss gefasst:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie einige neue Baumstandorte in dem für den Hochbahnsteig umgebauten Abschnitt der August-Bebel-Straße angelegt werden können. Hierbei ist auch die Anlage von Hochbeeten für Baumpflanzungen wie z. B. auf dem Kesselbrink zu prüfen. Das Ergebnis ist der Bezirksvertretung Mitte vorzustellen und von ihr zu beschließen.

Bereits im Planungsprozess wurde die Möglichkeit betrachtet, auf der August-Bebel-Straße zwischen Nikolaus-Dürkopp-Straße und Oelmühlenstraße die durch den Umbau entfallenen Bäume zu ersetzen. Jedoch wurden aus einer Vielzahl von Gründen keine Möglichkeiten einer Neupflanzung gesehen. So kam zum Beispiel der landschaftspflegerische Begleitplan im Jahr 2017 zu dem Ergebnis, dass eine Neupflanzung aufgrund der räumlichen Enge sowie der verkehrsplanerischen Erfordernisse nicht möglich sei. Stattdessen wurden geeignete Standorte für Ersatzpflanzungen im Umkreis gefunden.

In einer erneuten Prüfung wurde nun zunächst nach möglichen Flächen für neue Bäume gesucht. Im Bereich Nikolaus-Dürkopp-Straße bis Hermannstraße ist auf der westlichen Seite wegen der Kfz-Stellplätze und Zufahrten nicht genügend Fläche vorhanden. Lediglich südlich der REWE-Zufahrt ergibt sich ein potentieller Standort. Der Gehweg auf der Ostseite ist einerseits recht schmal für Baumpflanzungen, zum anderen heißt es im Planfeststellungsbeschluss: „Der Hochbahnsteig „Marktstraße“ selbst ist zur Vermeidung von Beeinträchtigungen der Wahrnehmbarkeit der denkmalgeschützten Dürkoppwerke von Ersatzpflanzungen freizuhalten“. Zwischen Hermann- und Ravensberger Straße wird die westliche Gehwegfläche in Großteilen durch die Feuerwehr als Aufstellfläche benötigt, wodurch dort ebenfalls keine Bäume möglich sind. Südlich der Ravensberger Straße ist der westliche Gehweg zu schmal, so dass maximal auf der Ostseite ein bis zwei Bäume möglich sein könnten. Insgesamt ist die verfügbare Fläche somit sehr begrenzt, wobei diese Betrachtung rein auf den Flächenbedarf der Bäume ausgerichtet ist.

Es gibt jedoch noch weitere Gründe, die einer Baumpflanzung entgegenstehen. So lehnt moBiel die Anordnung von Bäumen in der August-Bebel-Straße zwischen Oelmühlenstraße und Nikolaus-Dürkopp-Straße kategorisch ab. Grund hierfür ist die unmittelbare Nähe zur Fahrleitungsanlage zu der auch die Verspannungen, Verstärkerleitungen, Wandanker und Masten zählen.

Auch die Versorgungsleitungen im Untergrund stehen einer Neupflanzung entgegen, da für die Baumaßnahme auf gesamter Länge Leitungen im Gehweg verlegt werden mussten. Ebenfalls zu berücksichtigen ist, dass die öffentliche Straßenbeleuchtung seit dem Umbau durch Leuchtmittel an den Fahrleitungsmasten sichergestellt wird. Zusätzliche Bäume würden somit zur Verschattung der öffentlichen Flächen beitragen.

Insgesamt muss festgestellt werden, dass sich die negative Einschätzung aus dem landschaftspflegerischen Begleitplan nicht verändert hat. Die Neuanpflanzung von Bäumen auf der August-Bebel-Straße ist aus vielerlei Hinsicht nicht möglich, dies gilt ebenso für die Anlage von Hochbeeten für Baumpflanzungen.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 17.2 Sachstand Umsetzung Erhöhung der Verkehrssicherheit Elsa-Brändström-Straße

Das Amt für Verkehr teilt mit:

Das Amt für Verkehr wird zeitnah eine Anordnung erlassen, die die derzeitige Beschilderung eines eingeschränkten Halteverbots in eine Beschilderung mit absolutem Halteverbot mit dem Zusatzzeichen 7-19 Uhr beinhaltet.

Gemäß dem Verfahren für verkehrsrechtliche Anordnungen nach der StVO ist die Direktion Verkehr der Polizei angehört worden und hat sich infolge nächtlicher "Poserverkehre" und möglicher illegaler Straßenrennen gegen eine komplette Aufhebung des eingeschränkten Halteverbots bzw. Parkverbots ausgesprochen. Diesen Bedenken kommt das Amt für Verkehr bis zu einer Umgestaltung der Elsa-Brändström-Straße nach dem Jahnplatzumbau nach.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 17.3 Zeitplan zur Umsetzung der Maßnahmen Projekt altstadt.raum

Das Amt für Verkehr teilt mit:

Das Amt für Verkehr bereitet zusammen mit der Bielefeld Marketing GmbH die Durchführung der Maßnahmen für eine Aufwertung der Straßenräume vor. Zu den Maßnahmen gehören u. a. die Begrünung durch Pflanztröge mit Bäumen, die Schaffung von Sitzmöglichkeiten und Aktivitätsangeboten (Tischtennis, Tischkicker), die Ausweisung von Flächen für den Handel und die Gastronomie sowie die Herstellung von zusätzlichen Fahrradabstellmöglichkeiten und einer Gepäckaufbewehrungsstation.

Um die vorgenannten alternativen Nutzungen zu ermöglichen, sind einige Änderungen der bisherigen Kfz-Verkehrsführungen erforderlich. Alle Parkplätze, Parkhäuser und Tiefgaragen auf den privaten Anliegergrundstücken werden weiterhin erreichbar sein. Die geplanten Verkehrsregelungen können dem beiliegenden Lageplan [im Gremieninformationssystem einsehbar] entnommen werden.

Die Verkehrsregelungen nördlich der Linie Klosterplatz – Alter Markt – Altes Rathaus wurden am 14. Juni 2021 morgens eingerichtet. Die Verkehrsregelungen im Bereich Klasingstraße, Waldhof, Neustädter Straße und Steinstraße werden zum Beginn der Schulferien am 5. Juli 2021 morgens eingerichtet.

Die Gastronomen der Ritterstraße sind bereits am 4. Juni mit der Einrichtung der Außengastronomie gestartet. Nunmehr werden mit dem Beginn der 25. KW nach und nach die oben genannten Maßnahmen umgesetzt. Die konkreten Aufbaudaten sind von den jeweiligen Liefer- und Herstellungsfristen abhängig. Exakte Termine können daher noch nicht genannt werden.

Für die nächsten Tage ist ein „Eröffnungstermin“ mit der Presse und einzelnen Akteuren geplant.

Weitere Informationen zum Projekt sowie das geplante weitere Vorgehen sind auf der Projektwebsite www.altstadtraum.de zu finden.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 18 Sondermittel

Frau Hennke weist darauf hin, dass vor Eintritt in die Tagesordnung der Antrag auf erste Lesung abgelehnt worden sei.

Herr Ridder-Wilkens vertritt die Auffassung, dass die Kirchengemeinde aufgrund ihrer finanziellen Situation nicht auf Sondermittel der Bezirksvertretung angewiesen sein sollte. Zudem würde er es befürworten, wenn statt eines Tausches die bisherigen Müllbehälter weiter genutzt und zusätzlich zwei weitere Müllbehälter aufgestellt würden. Er spreche sich daher gegen eine Unterstützung aus.

Frau Hennke bittet, die Anregung von Herrn Ridder-Wilkens an die Kirchengemeinde weiter zu geben.

Beschluss:

Zur Vereinfachung der Reinigung des Kirchplatzes, insbesondere für die Anschaffung von Müllbehältern, bewilligt die Bezirksvertretung Mitte Sondermittel in Höhe von 1000,00 €.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Nichtöffentliche Sitzung:

[...]

Hennke
Bezirksbürgermeisterin

Tobien
Schriftführer